

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatt Nr. 406.

Abend-Ausgabe. Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postkassens: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Vertrieb:

Tagblatt Nr. 406.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postkassens: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 2.00 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne
Zugabe; durch die Post bezogen: M. 2.40 monatlich, M. 14.40 vierteljährlich, mit
Zugabe. — Zusatzen: Der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Verzögerungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Erstmalige Anzeigen M. 1.20, ausserordentliche Anzeigen M. 1.00, Briefliche Anzeigen M. 1.00,
ausserordentliche Anzeigen M. 1.00. — Für die einseitige Anzeigen oder deren Raum. — Bei wieder-
holter Aufnahme unveränderlicher Anzeigen entsprechende Ermässigung. — Schluss der Anzeigen-
annahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
sonstigen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Anzeigenpreise sind in Mark und Pfennig
angegeben.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W. 9, Bahnhofsstr. 18, Fernsprecher: West 11435-11437.

Donnerstag, 8. September 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 406. + 69. Jahrgang.

Erfassung der Goldwerte.

Seit Bekanntwerden der Steuergesetzentwürfe der Reichsregierung und der vom Kabinett abgelehnten Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die Erfassung der Goldwerte ist im Streite der öffentlichen Meinung zu beachten, wie außerordentlich in den Kreisen der Arbeitnehmenden bei allen steuerpolitischen Betrachtungen das Schlagwort vorherrscht: Erfassung der Goldwerte. Dabei wird restlos von den Befürwortern dieses Planes übersehen, inwieweit bereits die von der Reichsregierung geplanten Vermögenssteuern diese steuerliche Erfassung der Goldwerte darstellen.

In dem neuen Vermögenssteuergesetz, das vom April 1923 ab das Reichsnotopfer ablösen soll, sieht man für die steuerliche Wertermittlung des Vermögens den gemeinen Wert vor. Es soll hier unerörtert bleiben, welche erheblichen Schwierigkeiten einer einwandfreien, bilanztechnischen Begriffsbestimmung des gemeinen Wertes entgegenstehen. Wir wollen nur feststellen, daß in dieser Art der Wertermittlung des Vermögens die volle Erfassung der sogenannten Goldwerte enthalten ist, da deren steuerliche Wertbemessung bei den Steuererklärungen in Papiermark zu erfolgen hat. Die Durchführung der Vermögenssteuer auf der Grundlage des jetzt vorgelegten Entwurfes entspricht daher völlig dem berechtigten Verlangen, daß die bisherigen steuerlichen Vorteile der sogenannten Goldwerte beseitigt werden. Wenn bei den Plänen des Reichswirtschaftsministeriums auch gleichzeitig noch davon gesprochen wird, daß das Reich zur Erfassung dieser Werte in der Industrie bis zu 20 Prozent an den Unternehmungen beteiligt werden soll, und daß die auf der Einzelperson des Unternehmers ruhenden hierfür in Frage kommenden Betriebe in Gesellschaftsform zu überführen sind, so wird dabei auch wieder restlos übersehen, daß für die juristischen Personen durch die Körperschaftsteuer, die bisher bis zu 20 Prozent erhoben wurde und jetzt allgemein auf 30 Prozent erhöht werden soll, unabhängig davon, welcher Teil des Gewinns ausgeschüttet wird und welcher nicht, diese Besteuerung des Reichs in ihrem erstrebten steuerlichen Effekt bereits völlig besteht, daß sie auf Grund des Einkommensteuergesetzes für die auf einer Einzelperson ruhenden Unternehmungen sogar noch weit umfangreicher, als hier geplant, vorhanden ist.

Wenn also festgestellt werden kann, daß das Zusammenwirken der Vermögens-, Einkommen- und Körperschaftsteuer die mit der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums verfolgten steuerlichen Ziele erfüllt, so soll daneben doch nicht das verschwiegen werden, was in außerordentlichem Maße an negativen Begleiterscheinungen bei einer Durchführung der Gedanken dieser Denkschrift dem Wirtschaftsleben, aber auch insbesondere der Lebenshaltung der Arbeitnehmenden, bevorstünde. Angenommen, man käme bei einer fünf- bis sechsfachen Erhöhung der Bewertung des landwirtschaftlichen Grund und Bodens gegenüber der vorkriegszeit zu einer auf diesen neuen Werten aufgebauten 20prozentigen Zwangshypothek des Reiches, so würde daraus nach den Berechnungen des Reichswirtschaftsministeriums ein jährlicher Zinsendienst von etwa 5 Milliarden Papiermark zu erwarten sein. Hat man sich aber dabei denn auch klargemacht, welche Rückwirkungen diese Zwangshypotheken insbesondere auf den landwirtschaftlichen Mittel- und Großbetrieb in ihren Gestehungskosten ausüben werden? Es ist bekannt, daß namentlich der landwirtschaftliche Großbetrieb, der in wesentlichem Umfange die Grundlage der Brot- und Kartoffelversorgung der Industriebevölkerung zu schaffen hat, heute bereits unter einer erheblichen Kreditnot leidet. Die Einordnung einer derartigen Zwangshypothek mit bevorrechtigter Stellung vor allen übrigen Hypotheken würde zwangsläufig einen völligen Zusammenbruch des ganzen Hypothekenmarktes nach sich ziehen, die Zinshöhe der neben der Reichshypothek bestehenden Belastungen müßte — sofern diese anderen Belastungen überhaupt noch durch Geldhergabe von dritter Seite herbeizuführen sind — außerordentlich ansteigen, der Effekt wäre eine wesentliche Erhöhung der Produktionskosten der Nahrungsmittel, eine wesentliche Erhöhung der inländischen Lebensmittelpreise, der breiten Masse, allgemeine Preissteigerung, allgemeine Lohnsteigerung, Übertragung dieser Preissteigerungen auf den Reichshaushalt. Und wenn man die Ereignisse der letzten Wochen beobachtet hat, wenn man die letzten Preissteigerungen der Agrarprodukte als Grundlage der Gehalts- und Lohnsteigerungen der Reichsbeamten und sonstigen Reichsarbeitnehmer in einer den Etat mit weiteren 10 Milliarden belastenden Höhe erkennt, so fragt es sich doch außerordentlich, ob der erwartete steuerliche Ruhezustand von etwa 5 Milliarden jährlich nicht weit übertroffen wird durch die preis- und gehaltssteigernden Auswirkungen auf der

Ausgaben Seite des Reichshaushalts. Genau das gleiche Ergebnis läßt sich voraussagen für den städtischen Grundbesitz und der hier geplanten Goldhypothek.

Es muß daher in den nächsten Wochen oberste Aufgabe aller sachlich aufbauenden Aufklärungsarbeit sein, die öffentliche Meinung aus dem Bann des Schlagwortes von der Erfassung der Goldwerte zu erlösen. Wir wiederholen: Das, was mit dieser Erfassung erreicht wird, wird steuerlich restlos erreicht auf den Wegen der bestehenden bzw. in Aussicht genommenen Steuergesetzgebung. Die Besteuerung der Einkommen durch Einkommen- und Körperschaftsteuer, die neue in Aussicht genommene Vermögensbesteuerung und endlich die bestehende Erbschaftsteuer greifen bereits in starkem, vielleicht schon überspanntem Umfange nach der Richtung hin in den Besitz ein, die die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums verfolgt. Die Durchführung der Vorschläge dieser Denkschrift würde aber keineswegs zu dem erhofften Ziel führen, als schwerwiegendster Hebel weiterer Inflation vielmehr in ungeheuerlichem Umfange zuzunehmen der Arbeitnehmenden die Disharmonie zwischen Lebenshaltungskosten und Arbeitseinkommen vergrößern. Nicht die Besitzenden, sondern die Arbeitnehmenden haben daher dringendste Veranlassung, sich gegen diese Schlagwortartige unsachliche angebliche Wahrnehmung ihrer Interessen zu wahren in Erkenntnis der Tatsache, daß sie selbst hierbei die Leidtragenden sein würden.

Die Unternehmung der mitteldeutschen Unruhen.

Br. Berlin, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Im Untersuchungsausschuss des preussischen Landtages wurde der frühere preussische Ministerpräsident und Minister des Innern Severing als erster Generalzeuge über die Unruhen in Mitteldeutschland vernommen. Severing führte aus: Der Terror in den Provinzen hat politische Maßnahmen zur Folge gehabt. Der Zeuge meint, daß die kommunistische Partei nicht den Fesseln zum Aufstand in Mitteldeutschland gegeben habe. Die Bewaffnung der Arbeiterkräfte infolge der Gründung von verbotenen Selbstschutzbundorganisationen erfolgte. Die politischen Kräfte waren härter eingeengt worden, wenn nicht die oberste politische Entscheidung besorgte, es sei ihm nicht bekannt, daß sich Ausländer in besonders großer Zahl in dem Aufstandsgebiet aufhalten hätten. Severing verneinte auf das entscheidende die Frage der Existenz einer roten Armee in Mitteldeutschland. Eine solche rote Armee hätte bestimmt nicht bestanden. Dann wurde die Vernehmung Severings abgebrochen und zunächst Oberpräsident Hötting vernommen. Man muß, so führte er aus, zum Verständnis der Vorgänge vom Rapp-Buch ausgehen. Der Oberpräsident ging im einzelnen auf die Geschichte der mitteldeutschen Unruhen näher ein und besprach die Arbeiterkriege auf den Leunawerken. Es sei nichts veräußert worden, um die Polizeilektion gegen die Aufständischen so wirksam wie möglich zu gestalten. Dank der Aufklärungsarbeit unter der Arbeiterkraft hätten keine Anzeichen nach nicht einmal 30 Prozent der in der kommunistischen Partei vereinigten Arbeiter am Aufstand teilgenommen. Graulanteilen seien auf beiden Seiten vorgekommen. Auf die Frage des Vorstehenden Abg. Kuttner (M. S. P.) teilte der Zeuge ergänzend mit: Die Zahl der Ausländer in der Provinz Sachsen ist außerordentlich groß. Besonders sind viele Russen während des Aufstandes in der Provinz Sachsen festgehalten worden, deren Zahl mit 2 bis 3 Tausend wohl nicht zu hoch angegeben wird. Er habe immer an einen Zusammenhang mit den Vorgängen in Mitteldeutschland mit den Aufstandsbewegungen in anderen Gegenden gedacht. Der Zeuge kritisierte auch die Taktik der Untersuchungskommission, von denen sich ein Teil sehr übel benommen habe. Gegen sie sei ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Am Donnerstag soll die Vernehmung des ehemaligen Ministers Severing zu Ende geführt werden.

Die Ausschreitungen in Speier.

Br. Speier, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die mit Gewalt erfolgte Besetzung des Polizeigebäudes durch die Arbeiterkraft, welche die vier verhafteten Rädelsführer der letzten Unruhen befreiten wollten, hat dazu geführt, daß die französische Besatzungsbehörde nunmehr die gesamte Polizeigewalt der Stadt Speier übernommen hat. Die Gerichte, das die Münchener Regierung Eiso in die Pfalz geworfen habe und das Regierungsgebäude von Eiso besetzt sei, entbehren jeder Begründung. Das Regierungsgebäude ist nur von deutscher Gendarmerie, die in der Pfalz stationiert ist, besetzt. Auch das Gerichte, daß ein Arbeiter bei dem gestrigen Zusammenstoß getötet worden sei und daß die vier Verhafteten in das rechtsrheinische Deutschland abtransportiert worden sind, ist vollkommen falsch. Bei dem gestrigen Zusammenstoß gab es nur Verwundete, keine Toten. Die Erregung in der Stadt ist nach wie vor sehr groß. Mit Politik haben jedoch die gestrigen Vorgänge nichts zu tun. Es handelt sich lediglich um Ausschreitungen rabaukhafter und durch kommunistische Agitatoren angeführter Elemente, die die politische Demonstration für die Erhaltung der Republik anlässlich der Ermordung Erbsbergers dazu benutzen wollten, um Unruhen zu stiften und ihrer Zerstörungswut die Fägel schlenken zu lassen.

Die hessischen Landtagswahlen.

W. T. B. Darmstadt, 7. Sept. Durch Beschluß des Ministeriums wurde der Termin der hessischen Landtagswahlen auf Sonntag, den 27. November, festgelegt.

Auf dem Wege zur Verständigung mit Bayern?

Die Vertreter der bayerischen Regierungsparteien sind erneut in Berlin eingetroffen. Nach einer kurzen Besprechung unter sich begannen die Verhandlungen in der Reichskanzlei. Wenn von seiten der bayerischen Regierung erklärt wird, daß die bayerischen Koalitionsparteien sich nicht in einem Gegenstand zum Kabinett befinden, so ist dagegen gewiß nichts zu sagen; denn die Verhandlungen in München haben schließlich zu einer gewissen Einigkeit unter allen Koalitionsparteien geführt. Es erschwert aber die Verständigung, wenn in der Presse immer wieder der Kampf und die Gegensätze gelehrt werden. Darum ist es auch zweifelhaft, ob die Unterredung, die der bayerische Vertreter in Berlin dem Vertreter eines Berliner Blattes gewährt hat, wirklich dem allgemeinen Ziele der Verständigung dient. Gerade die Männer in verantwortlicher Stellung müssen mit Ernst darauf bedacht sein, die Gegensätze nicht zu verschärfen, sondern zu überbrücken. Die Reichsregierung steht durchaus auf dem Standpunkt, daß eine Einigung erzielt werden muß. Sie vertritt auch nach wie vor den Standpunkt, daß der bayerische Ausnahmezustand nicht neben der Reichsverordnung bestehen bleiben kann. Da aber die Handhabung der Reichsverordnung den Ländern in weitestem Umfange überlassen bleibt, wird bei einigem guten Willen eine Verständigung nicht unmöglich sein.

Die Berliner Besprechungen.

Br. Berlin, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) In der Reichskanzlei begannen gestern nachmittags um 4 Uhr die Verhandlungen der Reichsregierung mit der bayerischen Delegation. Entsprechend den Schwierigkeiten des Beratungskommitees wurde gleich zu Beginn der Verhandlungen ein Stillschweigen über diese vereinbart. Es ist aber wenigstens aus dem Gange der Besprechungen als erfreulicher Eindruck festzustellen, daß beiderseits das eifrige Bemühen an den Tag gelegt wird, die heikle Frage, die sich aus der Verordnung vom 29. August ergeben hat, schnellstens und gründlich zu lösen. Den Vorsitz führte der Reichskanzler Dr. Brüning. Nach stündlicher Beratung vertagte man die Sitzung auf heute vormittags 9 Uhr. Im Anschluß hieran erschienen die sozialistischen Führer beim Reichskanzler, nachdem sie eine gemeinsame Besprechung gehabt hatten. Gegenstand der Konferenz war die bekannte Haltung der beiden Fraktionen in der bayerischen Frage. Von der S. P. D. nahmen Reichstagspräsident Hebe, Hermann Müller und Wels, von der M. S. P. Ledebour, Crispian, Dittmann und Dr. Rosenfeld an der Unterredung mit dem Kanzler teil. Beide Fraktionen waren völlig solidarisch in der Forderung nach Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern. Ihre Sprecher betonten übereinstimmend, daß die Landesregierungen nur in zwei Fällen befugt seien, den Ausnahmezustand über ihr Gebiet zu verhängen, nämlich bei drohender Gefahr und auch dann nur den einseitigen Ausnahmezustand. Im übrigen stehe dieses Recht nur dem Reichspräsidenten zu. Daß der Ausnahmezustand in Bayern demnach immer noch besteht, verstoße gegen den Art. 48 der Reichsverfassung. Die Reichsregierung habe durch ihr Verhalten eine unentschiedene Schwäche an den Tag gelegt. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß die Verhandlungen mit den bayerischen Vertretern noch schweben. Über diese Frage würden die Erörterungen noch fortgesetzt. Er ließ die Führer der beiden Fraktionen für heute abend zu einer erneuten Besprechung ein, um sie von dem Ergebnis der Konferenz mit den Vertretern Bayerns in Kenntnis zu setzen.

Dr. Berlin, 8. Sept. Die Besprechungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Delegation werden von den Morgenblättern als Anzeichen dafür gedeutet, daß auf beiden Seiten der ernste Wille vorhanden ist, die bestehenden Differenzen auszugleichen. In einem Münchener Telegramm der „Voll. Sta.“ heißt es, daß die bayerischen Delegierten in Berlin gemäß den Beschlüssen des Ministerrats vom 5. September die Verordnung des Reichspräsidenten, betr. Rettungssperre, anerkennen soll, sofern die Durchführung der bayerischen Behörden überlassen bleibt; dagegen sei der Ausnahmezustand in Bayern zu verhängen. Sie sei vielmehr beauftragt, der Reichsregierung nochmals darzulegen, daß der Ausnahmezustand nur für Bayern eine unbedingte Notwendigkeit darstelle.

Br. München, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Wie, erträudlich der Auftrag der gestern nach Berlin entlassenen bayerischen Vertreter lediglich auf Verhandlungen mit der Berliner Regierung. Die endgültige Stellungnahme bleibt der bayerischen Regierung, bzw. den Koalitionsparteien vorbehalten. Die sich nach Abschluß der Verhandlungen sofort mit der Angelegenheit befassen werden.

Br. München, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt u. a.: Die Lage ist nach unseren Informationen so, daß begründete Aussicht besteht, die schwebenden Differenzen zwischen Berlin und München auszugleichen, um so mehr, als bei den Koalitionsparteien, vor allem auch bei der bayerischen Volkspartei, die Meinung besteht, daß es unter keinen Umständen zu einem Bruch mit Berlin kommen darf.

Die Reichsregierung verharret auf ihrem Standpunkt.

Br. Berlin, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Das „A. T.“ erklärt: Die Reichsregierung vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß der Ausnahmezustand in Bayern unverzüglich aufgehoben werden müsse.

Ministerpräsident Stegerwald zur Lage

Br. Berlin, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) In einem Interview mit dem Chefredakteur des Blattes „Der Deutsche“ machte Ministerpräsident Stegerwald unter anderem folgende Ausführungen: Die gegenwärtige innenpolitische Lage sieht sehr verwaschen aus und läßt sich trotzdem auf eine einfache Formel bringen. Die Sozialdemokratie kämpft für eine Verhinderung der Linken, während Zentrum und Demokraten sich gegen eine Verhinderung der Mitte einsetzen. Wo ich bei diesem Kampfe stehe, habe ich bereits vor einem Jahr in Eilen ausgeführt. Sollte es sich bei dieser Auseinandersetzung bloß um mehr Brot für die breiten nicht bemittelten Volksschichten handeln, dann stehe ich unbedingt auf der Seite der Sozialdemokratie. Ich halte für das nächste Jahrzehnt eine harte Mitte für eine deutsche Lebens- und Existenzfrage. Was später sein wird, ist nicht in erster Linie Sache von heute. Eine Rechtsmehrheit bedeutet bis auf weiteres eine unerträgliche außenpolitische Lage und die latente Gefahr eines Bürgerkrieges im Innern. Eine Linksmehrheit würde meines Erachtens im ersten Jahrzehnt ins Chaos führen. Die sozialdemokratische Partei allein könnte die schweren an das deutsche Volk heranreitenden Aufgaben weder ertragen noch meistern. Was wir brauchen ist Ruhe und Stille in der deutschen Politik, die nur durch eine kompakte Mitte einschließlich eines starken Arbeiterflügels erreichbar ist.

Auf die Frage: Was lag es zu dem Streit um Monarchie oder Republik? antwortete Stegerwald: Die Frage der Monarchie ist bis auf weiteres eine Sonntagssangelegenheit. Einmal mehr aber hat das deutsche Volk, um Leben zu können, Verfassungsarbeit zu leisten. Man habe sich also auf der einen Seite frei von Illusionen, und auf der anderen Seite frei von Neurosen, und wir sind ein großes Stück weiter. Das heute und in absehbarer Zeit in Deutschland nicht an eine Monarchie gedacht werden kann, ist Gemeingut haben von mentalen 80 Prozent des deutschen Volkes. Es fällt heute nicht schwer, im Reich und in Preußen einen starken Koalitionsblock zu schaffen, der willens ist, die gegenwärtige Verfassung mit allen finanziellen Nachteilen nach allen Seiten hin zu verteidigen. Zur Frage der Umbildung der preussischen Regierung erklärte Stegerwald: Die preussische Regierungsumbildung steht nicht, wie man in verschiedenen Kreisen meint, an mir, sondern am Zentrum und der deutschen demokratischen Partei.

Der Rücktritt Bergmanns.

W. T. B. Berlin, 7. Sept. Zum 1. September wurde dem Vorsitzenden der deutschen Kriegslastenkommission, Staatssekretär Carl Bergmann im Reichsfinanzministerium, die von ihm nachgelagte Entlassung aus dem Reichsdienst erteilt. Der Reichspräsident dankte ihm in einem besonderen Handschreiben für die hervorragenden Verdienste, die er sich in seiner Stellung als Vorsitzender der deutschen Kriegslastenkommission um das Vaterland erworben habe und hob hervor, daß es seinen auferlegenden Bemühungen in erster Linie zu verdanken sei, wenn bei den schwierigen Verhandlungen mit unseren Vertragspartnern die Interessen des Reiches nach bester Möglichkeit wahrgenommen worden seien.

Eine neue Spur der Mörder Erzbergers?

Br. Berlin, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die „B. Z.“ schreibt: Die heute früh eingelaufene Post brachte uns folgenden Brief: Berlin, 6. September 1921. Sehr geehrte Redaktion! Es ist nicht nötig, meinen Namen zu veröffentlichen. Ich reise heute noch ins Ausland. Ich bin kein Monarchist, aber ein alter Soldat, der, was er mit seinem Blute bezahlt hat, sich nicht von Kapitalverwahrlosten und Kriegsdrückbergern zerstreuen läßt. Die Räte der Schuldigen ist noch nicht groß. Franz Riese, aus dem letzten Düsseldorf.

In der Unterschrift ist der Name leicht ausgestrichen. Dieser Brief ist auf den ersten Blick als von der Hand des Mannes geschrieben erkennbar, der die Eintragung „Franz Riese, Stud. jur., Düsseldorf“, in das Handelsbuch des Gasthofs „Zum Risch“ in Osnabrück gemacht hat. Ob der Brief echt ist, werden die Schriftlichkeitsbehörden der Poststelle feststellen müssen, denen gegenwärtig der Brief zur Prüfung vorliegt. Ist der Brief echt, so würde er den Beweis erbringen, daß sich die Mörder Erzbergers, oder doch der eine von ihnen, noch gestern in Berlin aufgehalten hat.

Erhöhung der Eisenbahn-Personen- und Gütertarife.

Br. Berlin, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Aus dem Reichsverkehrsministerium wird mitgeteilt:

Die nötig gewordene Deraulhebung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter sowie die Preissteigerung wichtiger Bau- und Betriebsstoffe verursacht einen Mehraufwand, der auf etwa sieben Milliarden Mark zu schätzen ist. Zur Deckung der Mehraufgaben müssen sofort Maßregeln ergriffen werden. Ein Ausgleich durch Sparmaßnahmen ist nur in geringem Umfang möglich. Es muß daher eine Steigerung durch eine Tarifserhöhung im Güter- und Personenverkehr eintreten werden, die durchschnittlich 30 Prozent betragen soll. Die neuen Tarife sollen wahrscheinlich im Güterverkehr ab 1. November d. J., im Personenverkehr ab 1. Dezember d. J. Geltung erhalten.

Die Berliner Journalisten zu den Zeitungsverboten.

Br. Berlin, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der Vorstand des Vereins Berliner Journalisten hat einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der er dem Vorstand des Reichsverbandes Berlin im Reichsverband der deutschen Presse in seiner Stellungnahme zu den jüngsten Zeitungsverboten und zu der Verordnung, auf Grund der sie erlassen, vollständig beipflichtet. Auch lehnt er jede Beeinträchtigung der Freiheit der Presse ablehnend ab und betont, daß die deutsche Presse ihre wichtigen Aufgaben nur erfüllen könne, wenn sie unbeeinträchtigt und uneingeschränkt als ihrer Überzeugung Ausdruck geben darf.

W. T. B. Königsberg, 7. Sept. Die „Ostpreussische Zeitung“ wurde heute erneut verboten.

Ein bayerischer „Notbann“.

Dz. Berlin, 8. Sept. Die „Freiheit“ behauptet, daß in Bayern nach Auflösung der Einwohnerwehr unter dem Namen „Notbann“ eine neue Organisation geschaffen worden sei, die zum Schutz gegen den Streik, Radikalismus und dergleichen in Wirklichkeit aber eine verheerende Einwohnerwehr sei. Bei den Münchener Demonstrationen für die Republik sei die Organisation „Notbann“ in Alarmbereitschaft gewesen; sie habe also militärische Ziele.

Die Kommunisten-Verhaftungen in Braunschweig.

Dz. Braunschweig, 8. Sept. In Verbindung mit den künftigen Donamitanischen auf verschiedene Gebäude Braunschweigs wurden dieser Tage auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft mehrere Kommunisten verhaftet, die dringend verdächtig sind, an den Donamitanischen beteiligt gewesen zu sein. Unter den Verhafteten befindet sich auch die Kommunistin Frau Bahner, die frühere braunschweigische Kultusministerin. Die Verhaftungen sind auch verdächtig, an dem nächtlichen Überfall auf den Dattort Brannlage und auf das Postamt Vornahme im November d. J. sowie an dem Hausüberfall auf den Gelbtransport im Dezember d. J. beteiligt gewesen zu sein.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien.

W. T. B. Benthien, 7. Sept. Der Belagerungszustand ist heute mittags für ganz Oberschlesien aufgehoben worden.

Eine neue Volksabstimmung in Oberschlesien?

Br. Berlin, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Mehrere Blätter bringen eine Meldung aus London, wonach man sich dort und in Paris mit der Abfertigung einer neuen Volksabstimmung in Oberschlesien trage.

Schiffer über Oberschlesien.

Br. Berlin, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichsjustizminister Dr. Schiffer hat in einem Artikel in der „Neuen Hamburger Zeitung“ die oberschlesische Frage behandelt. Für das Kabinett Wirth sei die wichtigste und unentbehrliche Frage die Anerkennung des deutschen Rechtes auf Oberschlesien. Das oberschlesische Problem sei der Punkt, auf dem sich die ganze Kraft der Nation richten müsse.

Eine neue Konferenz des Obersten Rates im Oktober.

D. Paris, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Wir erfahren von informierter Seite, daß die englische Regierung in den nächsten Tagen voraussichtlich für Mitte Oktober eine Einladung zu einer Versammlung des Obersten Rates in London ergehen lassen wird, und zwar, um die Orientfrage zu besprechen, die auf der letzten Tagung des Obersten Rates in Paris nicht geregelt werden konnte. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß England für den kommenden Winter einen Rückfall der augenblicklich günstigen Lage der griechischen Armee in Kleinasien befürchtet, und daß sich infolgedessen die Situation im Orient ändern könnte. Es wird hier mitgeteilt, daß England verstanden wird, der Idee des Obersten Rates zur Anerkennung zu verhehlen, daß die beste Lösung darin besteht, eine Vermittlung der Entente zwischen den beiden kämpfenden Parteien durchzuführen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß Lloyd George in Paris bei der Regelung der Orientfrage erklärt hat, je größer die militärischen Einsätze und Erfolge einer der beiden kämpfenden Parteien seien, um so größer müßte auch die Vergütung sein, die diese erhält. Man erwartet von dem Durchdringen dieses Standpunktes eine Reunion des Vertrages von Sevres.

Die Alliierten und der deutsch-amerikanische Friede.

Dz. Paris, 8. Sept. Nach einer Davosmeldung aus Washington sollen die Alliierten von den Verhandlungen, die zum Abschluß des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages geführt haben, offiziell in Kenntnis gesetzt worden sein.

Dz. London, 8. Sept. Aus Washington wird vom 7. September gemeldet: Das Staatsdepartement hat nicht offiziell bei der französischen Regierung angefragt, wie diese eine offizielle Note bezüglich der Anerkennung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages aufnehmen würde.

Das Entente-Ultimatum an Ungarn.

D. Wien, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Das in Budapest überreichte Ultimatum führt eine außerordentlich scharfe Sprache, und zwar auf eine Anregung Italiens hin. In der Einleitung wird darauf verwiesen, daß der ungarische Vorschlag der sofortigen Erfüllung finanzieller Bedingungen durch Österreich abgelehnt sei und daß Ungarn für die beangenehten Übergriffe und blutigen Zwischenfälle voll und ganz verantwortlich gemacht werde und daß trotz aller Warnungen der Entente Stephan Friedrich und andere jüdischen Elementen in das Österreich gehörige Gebiet des Burgenlandes Einlass gewährt wurde. Schließlich fordert die Note unter besonderem Hinweis auf den Ernst der Lage Ungarn auf, seine vertraglichen Verpflichtungen sofort durchzuführen.

D. Budapest, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung bereitet eine Antwort auf die Note der Entente vor. Es ist der Plan aufgetaucht, die Nationalversammlung sofort einzuberufen, damit sie die Entscheidung treffen soll. Allgemein ist man jedoch der Überzeugung, daß Ungarn Zeitungen wird herausgeben müssen. Vorläufig scheint die Regierung noch zu zögern.

W. T. B. Wien, 7. Sept. Wie das Korrespondenzbüro meldet, griffen um 12 Uhr nachts etwa 70 mit Handgranaten und Gewehren bewaffnete ungarische Freikämpfer die Gendarmenlagereisenposten von Zagorsdorf, südlich von Eisenstadt, an. Es entbrannte ein Gefecht, in dem österreichischerseits ein Mann getötet und einer schwer und drei leicht verletzt wurden. 26 Gendarmen wurden gefangen genommen und mit verbundenen Augen in Richtung Oedenburg abgeführt, lobann ihrer Monturen, Waffen und ihres Geldes beraubt und schließlich nach Zagorsdorf zurückgeführt.

Dz. Budapest, 8. Sept. Das ungarische Korrespondenzbüro teilt mit: Der Präsident der internationalen Generalkommission, Ferrario, unterstützte persönlich die Forderung bei Kirchschlag und ermächtigte den ungarischen Oberkommissar Grafen Szaraz, die österreichische Behauptung kategorisch zu dementieren, als hätte dort ungarisches Militär eine Rolle gespielt. Die Angreifer seien bewaffnete Dorfbewohner gewesen.

Aus den Kommissionen des Völkerbundes.

Dz. Genf, 7. Sept. Die erste Kommission des Völkerbunds, die sich mit den konstitutionellen und juristischen Fragen des Völkerbundes befaßt, hat heute nachmittags ihre erste Sitzung ab unter dem Vorsitz von Scialoja-Italien. Das Völkerbundssekretariat gab am Abend folgende Mitteilung über diese Sitzung aus: Nach einer allgemeinen Besprechung über den Bericht, den der Ausschuss für Völkerbundsänderungen dem Völkerbund vorgelegt hatte, beschloß der erste Ausschuss, die verschiedenen in diesem Bericht berührten Probleme unter verschiedenen Unterabteilungen zu verteilen. Diese Unterabteilungen werden vom Präsidenten ernannt. Ein weiterer Ausschuss soll später ernannt werden, um über den Bericht des Ausschusses über die Abänderung des Art. 18 des Paktes zu beraten. Endlich beschloß der Ausschuss, den Antrag der argentinischen Delegation abzulehnen, wonach alle neu entstehenden Staaten auf ihr Verlangen jederzeit in den Völkerbund aufgenommen werden sollen. Die Ablehnung des argentinischen Antrags erfolgte auf Antrag des französischen Delegierten Robet-Lafaire. Dieser brachte folgenden Antrag ein: Der Ausschuss erkenne die Gefühle der argentinischen Regierung an, indem letztere für einen möglichst vollständigen Völkerbund eintritt. Der Ausschuss ist aber der Ansicht, daß der Grundplan, den der argentinische Änderungsantrag aufstellt, im Widerspruch mit den Grundprinzipien des Völkerbundes steht. Er verwirft daher den Antrag.

In der ersten Sitzung des dritten Ausschusses für Abrüstung und Blockade führte Branting, Schweden den Vorsitz. Torrente-Rada wurde an Stelle des zuerst gewählten Poulet-Belgais, der abgelehnt hatte, zum Vizepräsidenten gewählt. Der Ausschuss nahm einen Antrag Lord Robert Cecil an, der verlangt, daß die Kommissionen so weit als möglich öffentlich sein sollen.

Wiesbadener Nachrichten.

Bund deutscher Mietervereine.

In der 3. Tagung des Bundes deutscher Mietervereine in Dresden am 5. September 1921 wurden Organisationsfragen erörtert. Den Aufwendungen der Boden- und Häuserpekulation will die Mieterkassette gleiche Opferwilligkeit für die bedrohten Mieterinteressen entgegenstellen. Vorstehende blieben Oberpostsekretär Herrmann, Rechtsanwalt Groß (Dresden), Nächster Tagungsort ist Kassel. Auf die Geheißung wollen der Mieterbund, seine Landesverbände und Ortsvereine noch energischer einwirken, ebenso auf die Rechtsprechung der Mietungsämter. Der unabhängigen Tages- und Nachpresse soll mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Über die Lage des Hausbesitzes, über den Häuserhandel, über die Häuserpreise, über die Mehrabnahme von Hypotheken durch die Hausbesitzer werden sich die Vereine dauernd unterrichten lassen. Nachstehende Entschlüsse wurden angenommen:

1. Es ist ein Reichsgesetz zu erlassen, durch welches das bisherige Mietrecht, Wächterrecht und Wohnungsmangelrecht einheitlich und Reichs wegen überarbeitet, klar und einfach einheitlich dauernd geregelt wird. Dieses Gesetz soll anwendbar sein auf alle Rechtsverhältnisse, kraft deren jemand einem anderen die Benutzung von Grundstücken oder Grundstücksanteilen zu gewähren hat (z. B. Miet- und Pachtverhältnisse, Arbeitsverhältnisse privaten und öffentlichen Rechts). Ausnahmen für öffentliche Körperschaften oder Neubauten sind nicht auszulassen. Der Inhalt dieses Gesetzes muß zwingendes Recht sein.

2. Der Bundestag deutscher Mietervereine stellt fest, daß die Entwicklung der Verhältnisse im Wohnungswesen seiner Forderung auf Sozialisierung recht gegeben hat. Er fordert deshalb Wiederholung von den Regierungen und den gelegentlichen Körperschaften, daß sie unverzüglich ein Gesetz schaffen, das die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen verwirklicht und in dem das öffentliche Wohlfühlen errichtet werden, welche die Bewirtschaftung der bebauten Grundstücke und die Regelung der Neubauten tatsächlich, schließlich die Durchführung der gesamten Wohnungswirtschaft und Siedlungspolitik übernehmen. Bis zur endgültigen Regelung durch die Gemeinnützigkeit fordern wir, daß jedes Gesetz gleichmäßig auf welchem Gebiet es ergeht, unter dem Gesichtspunkt dieser Sozialisierung erlassen wird. Wir fordern deshalb: daß der Friedenswert der Grundstücke nicht durch Spekulation mit Goldwertsteuereffekten, ähnliche steuerliche oder sonstige Maßnahmen angehebt wird, und daß der Wucher bei Baukostensteigerung und Baustoffhandel mit aller Entschiedenheit unterbunden wird.

3. Bei Erfüllung dieser Forderung erklärt sich die im Bund deutscher Mietervereine organisierte Mieterkassette Deutschlands bereit, auch bei der Aufbringung der Mittel zum Neubau mitzuwirken und eine im Interesse des Gemeinwohls notwendige und sozial gerecht verteilte Belastung zu übernehmen.

4. Die Mieterkassette fordert, entsprechend ihrer Bedeutung im Volkswesen, die Zustimmung zu den Beratungen bei allen gelegentlichen Maßnahmen, die in das Gebiet des Wohnungswesens und der Bodennutzung mittelbar oder unmittelbar hineingreifen.

Besondere ergänzende Richtlinien sollen den maßgebenden Behörden und gelegentlichen Körperschaften zur Berücksichtigung umgehend vorgelegt werden.

Darauf wurde der Verbandstag geschlossen.

— **Umschlag für Wiesbaden und Umgegend.** Die Ausgabe 1921 des Adressbuchs für Wiesbaden und Umgegend enthält erfreulicherweise wieder ein Verzeichnis der im Handelsregister eingetragenen Firmen, jedoch unter Beschränkung auf die im Handelsregister der Amtsgerichte Wiesbaden, Höchst a. M. und Hochheim a. M. eingetragenen Betriebe. Der Vermerk dabei, daß es sich um die im Handelsregister eingetragenen Firmen des Handelsamtes Wiesbaden handle, erweckt dagegen den Eindruck, als wenn sämtliche im Handelsregister eingetragenen Unternehmen des Handelsamtes Wiesbaden in dem Verzeichnis enthalten wären. Dies ist nicht richtig. Der Handelsamtsbezirk Wiesbaden umfaßt die Kreise Wiesbaden (Stadt und Land), Höchst, Alheim, Unterarmst, Rheingaukreis sowie Kreis St. Goarshausen (mit Ausnahme des normalen Amtsbezirks Braubach) und damit die Amtsgerichte Wiesbaden, Höchst a. M., Höchst a. M., Alheim, Wehen, Langenscheidt, Rastatt, St. Goarshausen, Riedheim a. Rh., Elfenfels und die Amtsgerichte Rastatt und Camberg teilweise. Im Hinblick auf die Wichtigkeit eines vollständigen Verzeichnisses der im Handelsregister eingetragenen Firmen des Handelsamtes Wiesbaden hat die Handelskammer Wiesbaden daher den Verlag gebeten, künftighin das Verzeichnis entsprechend zu ergänzen.

— **Der Kampf der Zigarrenhändler.** Man schreibt uns: Die Demonstration der Zigarrenhändlerinhaber ist beendet. Die in Betracht kommenden Behörden, die das alte Recht der hiesigen Zigarrenhändler nicht verkennen, geben jetzt unnahehaftig gegen die in längerer Zeit entstandenen, die gesetzlichen Vorschriften nicht achtenden Verkaufsstellen vor. Einer dieser Fälle steht demnächst vor Gericht. Wie es sich während des Offenhaltens der Läden am vergangenen Sonntag zeigte, hat sich das laufende Publikum zahlreich in den Spezialgeschäften eingefunden, um den noch nötigen Sonnenbedarf zu decken. So lange nun die Zigarrenhändler in den Sonntagen noch geschlossen sein müssen, wäre es auch im Interesse der Käufer zu begrüßen, wenn diese schon jetzt, also Samstags, ihren Bedarf in den Spezialgeschäften deckten, wobei sie sich sicher, gute und einwandfreie Ware zu erhalten. Außerdem gibt der Käufer den illegalen, die Gesetze nicht achtenden Verkaufsstellen Anlaß, sich noch weiter auszubreiten.

— **Bei der Abonnementsabholung im Staatstheater** ist, wie uns mitgeteilt wird, leider die Prozedur gemacht worden, daß die Abonnenten die Reihenfolge der für die einzelnen Tage angegebenen Nummern nicht innehaben. Dadurch entsteht bei der Abholung eine Verzögerung und das Publikum muß infolgedessen längere Zeit auf Abfertigung warten. Die Intendantur bittet daher dringend, die Reihenfolge der Nummern, wie auf dem Theaterzettel angegeben, einzuhalten.

— **Zugentstellung.** Am Mittwochfrüh entsetzte bei Hirschheim infolge Achsenbruchs ein Schmalspurwagen in dem Schnellzug Wiesbaden-Frankfurt. Auch der darauf folgende Wagen wurde aus dem Geleise gehoben. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

— **Hoteldiebstahl.** Einer Kurfremden wurde in einem hiesigen Hotel ein Portefeuille gestohlen aus schwarzem Leder, welches 7500 M. in bar, eine Panama-Oblique über 400 Franken, Kurkarten und Wirtkarten auf den Namen Madame Verbaarsowitsch lautend, enthielt. Die Kriminalpolizei forschte nach dem Verbleib der Sachen bezw. nach dem Dieb und erbatte Meldungen auf Zimmer 19 im Polizeidirektionsgebäude.

— **Einbruchdiebstahl.** Nächsterweise wurde in die Villa des Direktors Paul Duntz in Niederraden eingebrochen und dabei die nachstehend verzeichneten Gegenstände gestohlen: verschiedene Silberbestecke, bezeichnet W. D.; verschiedene Silberplatten, nicht bezeichnet; verschiedene Saurier aus Silber; verschiedene Tischlächer, bezeichnet D.; verschiedene Servietten, bezeichnet D.; verschiedene bunte Tischdecken; ein Bodenmantel; eine Damendress, gefärbt, weiß-grün-rosa; ein Automaten, grünlich; eine Tischdecke.

5% Neckar-Anleihe.

850,000,000.— 5% im ganzen Reiche mündelsichere Anleihe der Neckar-A.G.
(Aktienkapital 800,000,000.—)

mit dem Recht auf hypothekarische Eintragung auf den zu erstellenden Kraftwerken
— garantiert durch das Reich und die Länder Württemberg, Baden und Hessen —

Ausgabekurs 99%

Anmeldungen nehmen alle deutschen Banken, Bankiers und Sparkassen entgegen, bei ihnen sind auch die ausführlichen Prospekte jederzeit erhältlich.

Zeichnungsschluß 15. September.

F 61



Samstag, den 10. Sept. 1921,
ab 8 Uhr abends im Kurgarten:

Gartenfest.

8-10 Uhr: Konzert.

Bei Eintritt der Dunkelheit:

Feuerwerk.

Eintrittskarte für Nicht-Abonnenten: 12 Mk.
Vorzugskarte für Abonnements- und Kurtax-
karteninhaber: 6 Mk., mit der Abonnements-
oder Kurtaxkarte vorzuzeigen. F239
Abonnements- und Kurtaxkarten berechtigen
zum Besuche der Wandelhalle und des Kur-
gartens nur bis 6 Uhr nachmittags.
Bei ungeeigneter Witterung, 8 Uhr:
Abonnements-Konzert.

Städtische Kurverwaltung.

Photogr. Apparate

kauft zu hohen Preisen

Zimmermann, Nerostraße 18

früher Webergasse 25.

Telephon 3253.

Postkarte genügt.

Elßaß-Lothringer.

Kauf- und am Sonntag nach

Rambach zur Nachkirmes!

Von 8 Uhr ab Tanz.

Küche und Keller bieten das Beste.

J. de Reuter, Gasthaus „Zum Nebenhof“

Mitglied der Ortsgruppe vertriebener Elßaß-Lothringer.

Wiesbadener Tennis-Turnier.

Der Wiesbadener Hockey-Club

sucht

für seine Turnier-Gäste

(Deutsche) für die Zeit vom
10. bis 15. September

Unterkunft in Privathäusern

gegen Vergütung und bittet gefl.

Offerten an Herrn Edu Borg-
mann, Parkstr. 14, einzusenden.

F370

Einige Zentner
Brombeeren
kauft noch die
Obstwein-Kellerei
G. Heinrich, Blücherstr. 24.

Kauf gebrauchte
Fahrräder
mit u. ohne Bereifung,
sow. eins. Teile. Schmidt,
Gneisenaustraße 1.

Esset Seefische

Nährhaft! Gesund! Billig!

Heute in strammer Verpackung frisch eingetroffen:

1a große Schellfische $\frac{1}{2}$ Fisch Pfd. Mk. 4.00, Ausschn. Mk. 5.00
Feinste Angelschellfische je nach Größe per Pfund Mk. 3.00 bis 5.00
Bratschellfische Pfd. Mk. 2.50, Goldbarsch ohne Kopf Pfd. Mk. 2.50
1a fetten Seelachs $\frac{1}{2}$ Fisch Pfd. Mk. 3.50, Ausschn. Mk. 4.50
Fst. Nordsee-Cablau $\frac{1}{2}$ Fisch 4.50, 5.50
ff. Seehecht, blütenweißes Fleisch, im Ausschnitt Pfd. Mk. 6.00
Grosse Schollen Pfd. Mk. 8.00, ff. Heilbutt im Ausschnitt Pfd. Mk. 12.00
Echt. Steinbutt, Tarbutt, Seezungen, Rotzungen, Merlans billigst.
Lebende Spiegelkarpfen, Rheinhechte, Barben, Bresen,
Barsche, Zander, Blaufelchen usw. billigst.

Täglich frisch aus dem Rauch empfehle:

Kleier Fetthückinge per Pfd. Mk. 6.00, } 5-Pfd.-Kiste Mk. 28.—
Geräucherte Schellfische, Seelachs, Seeaal, Forellenstör,
Lachsstör, Lachsaufschnitt, Rheinaale.
Neue Holl. Vollheringe Feinste Matfesheringe
per Stück von Mk. 1.00 an. per Stück Mk. 2.50.
1a Norweger Fettheringe Stück 60 Pf., Dtzd. Mk. 7.00
Neue Rollmops und Bismarckheringe . . per Stück Mk. 1.50
(Feinste Marinade, nur aus frischen grünen Heringen hergestellt)
4-Ltr.-Dose, ca. 30 Stück Mk. 37.50

Neue Bratheringe, ff. marinierte Heringe, Ostsee-Sardinen,
Kräuteranchovis, Gabelbissen, geröst. Neunaugen, Aal in Gelee,
Heringe in Gelee, Schellfisch in Gelee.

Oelsardinen, beste Marken, in allen Größen und Preislagen.

Beste Bezugsquelle für Wirte u. Wiederverkäufer.

Größte Auswahl! Billigste Preise in

Hauptgeschäft:
Grabenstraße 16.
Telephon 778.

Linkels Fischhallen

Zweiggeschäfte:
Bleichstr. 24, Kirchh. 7
Wörthstr. 34, Datsch. Str. 53
Zlotenring 3, Röderstr. 3.

Wer an den Nachlaß des am 7. Juli 1921 zu
Wiesbaden, Nikolastraße 24, verstorbenen Kaufmanns
Robert Stritter etwas verschuldet oder zu fordern
hat, wird ersucht, sich bis zum 20. d. M. bei dem
unterzeichneten Bevollmächtigten der Erben zu melden.

Rechtsanwalt Dr. Höchster
Wiesbaden, Gerichtsstraße 7.

Der neue Fern-Andra-Film

Die treibende Kraft

Gesellschafts-Drama in 5 Akten
nach Sardou'schen Motiven

Erstaufführung Freitag, 9. Septbr.

Thalia-Theater

Empfehle meine reichhaltige Auswahl

eleganter Damenhüte.

Jenny Matter, Bleichstraße 9,
Telephon 895.

Umpresserei

Damen- und Herrenhüte.

Umarbeitungen von Samthüten, aparte Formen.
Tadellose Ausführung! Schnellste Lieferung!

Unabhängig

von Streik und Aussperrung bedient Sie der

Autovermieter Reinh. Wentzel, Sonnenberger Straße 83,

Telephon 4077, **bei Tag u. Nacht!**

Firma Adolf Sarth

Von neu hereingekommener großer Sendung empfehle:

„Weizenmehl“ 000

(erstklassige Ware)

Pfund nur Mk. 3.⁹⁵

Amerik. Weizenmehl

Pfund nur Mk. 4.⁵⁰

Kristall-Zucker

(garantiert rein)

Pfund nur Mk. 6.⁰⁰

**21 Verkaufsstellen
allen Stadtteilen**

Spulwürmer.

Devermin gebraucht man bei Erwachsenen
und Kindern mit bestem Erfolg gegen Spul-
und Madenwürmer.
Alleinverkauf: Schützenhof-Apotheke,
Langgasse 11.

Turnverein
Wiesbaden

VIII. Hauptwanderung
Nachmittagswanderung.
Sonntag, 11. Septbr. 1921.
Eiserne Hand-Dohrheim
Abmarsch 1 Uhr Lahnstraße.
Der Wanderanführer: F293

Gelegenheitsverkauf!

Hochfeine
**Kirsch-
marmelade**
mit Zucker eingekocht
1-Kilo-Dose M. 7.⁹⁰
1/2-Kilo-Dose M. 4.²⁵
Nettogewicht.

Ferd. Alexi
Miebelstr. 9. Tel. 652.

Brachivolle
Korbmöbel
Bleichstraße 23, 1.

Bürstenwaren
besonders billig!

Waschbürsten . 2.00
Wurzelbürsten . 3.00
Lambriebürsten . 3.00
Schrubber . . . 3.50
Handfeger . . . 3.50
Putztücher . . . 4.00
„ extra stark 4.90
Fensterleder . 24.00
Parkettwachs
Dose zu 5.50, 10.00, 18.00.

Drogerie A. Jünke
Kals. Fr.-Ring 30, T. 6590.

Gutes Fahrrad
(Opel) 520 Wt. zu verl.
Holland, Sedanstraße 5.

Eine NEUHEIT für Wiesbaden!

Von der unterzeichneten Firma werden vom heutigen Tage ab
Glacé- u. Wildleder-Handschuhe
sowie Damen- und Reisetaschen
zum Färben in allen modernen Farben
angenommen.

Annahme in allen
Filialen der Firma

Lauesen u. Heberlein Chem. Reinigungs-Anstalt

Aufklärung.

Es gibt nur ein System „Esperanto“

das bereits in zahlreichen Schulen gelehrt, von Handel, Industrie und im Verkehr mit Erfolg praktisch angewendet wird.

Alle sogenannten „Vereinfachungen“ unter den Namen Ido, Esperanto-Ido, Reform-Ido, Antido, Ilo, Edilo, Ite, Europal, Romanal u. a., von denen jede eine Verbesserung der vorhergehenden zu sein behauptet, haben mit Esperanto nichts zu tun, sodaß die Bezeichnung „Vereinfachtes Esperanto“ eine Irreführung ist.

Esperanto, nicht Ido, wird von Messern aller Länder mit Erfolg verwendet.

Allein empfohlen wurde:

Esperanto, nicht Ido, von 11 Mitgliedern des Völkerbundes,
Esperanto, nicht Ido, von dem internat. Kongreß des Roten Kreuzes,
Esperanto, nicht Ido, von 21 Mitgliedern der französischen Akademie der Wissenschaften,

Esperanto, nicht Ido, von der Londoner und Pariser Handelskammer
Esperanto, nicht Ido, von den deutschen Unterrichtsministerien in Hessen und Braunschweig.

Esperanto hat seit über 30 Jahren auf allen Gebieten seine Brauchbarkeit und leichte Erlernbarkeit bewiesen und schreitet siegreich vorwärts. Letzter Esperanto-Weltkongreß 1921 in Prag 2581 Teilnehmer aus 35 Ländern! **Neuer Lehrgang beginnt!** Näheres:

Webergasse 16, 1 u. Dotzheimer Str. 110, G. 1. Fernr. 604.

Moderne Tanzschule Carl Diehl und Frau

Friedrichstraße 43, 1. Etage.

Anfang Oktober Beginn der

Haupt-Tanz-Kurse

Privat-Tanz-Unterricht für mehrere und einzelne Personen zu jeder Zeit

Wir machen bekannt, daß wir nur in unseren eigenen Lehrsälen, Friedrichstr. 43, unterrichten.

Carl Diehl und Frau.

Achtung!

Brillanten, Perlen!

Platin, Gold u. Silber, Uhren, Ketten, Ringe, Besteck, auch alte Gold- und Silber-Gegenstände zum Einschmelzen kauft zu den höchsten Preisen

Teleph. Citrine aus Paris 1864.
Dotzheimer Str. 12, P. — Bürostr. 9—5 Uhr.
Kontinuum auf Wunsch in die Wohnung.

Möbel

ganze Einricht., sowie Einzeleide, kauft zu hohen Preisen
Zimmermann, Nerostraße 18
früher Webergasse 25.
Telephon 3268. Postkarte genügt.

Erfahrene

Kontoristin

flotte Rechnerin

für unser Büro per sofort oder später gesucht.

S. Blumenthal & Co.

Prima tiefschwarze
Schuhcreme
solange Vorrat 350
p. 1-Pf. Dose nur 3
la Parfümwa
pr. kg. 19.—
la Bernstein-Fußboden-
lack, p. kg. 18 u. 14 50
Farben, Gelb- und
Fett-Industrie
Schwarzhofstraße 24.



Felle
aller Art
zum

Gerben und Färben

nimmt an:

Pelzgerberei Horn
Schwalbacher Str. 38.

Moderner Grad

u. Smoking-Anzug mittel-
starke Hse. ite Arbeit,
preiswert zu verkaufen.
Mauritiusstraße 6. Part.

Schlafzimmer.

weiß lackiert, 2800 Mt.,
Küchen-Schlafsim., gute
Schreinerarbeit, Küchen-
Einrichtung, verschiedene
Trümmerspielzeug, Chaisel,
Sofa, Diwan, gebrauchte
Küche, Simmertisch mit
Schubladen, Ausziehtisch
bis Bettelstraße 12.

Wohndachstuhl

in Eich. u. weiß, billig
zu verk. S. Seite, Götter-
straße 3.

Zahlst. Bett, Patent-
rahmen, Stuhl, Matratze,
neu, 915 Mt. Nettelbed-
straße 12.

Stell. Wollmatratze 400 x

Stell. Matratze 160 Mt.,
versch. Damenkleider und
Mantel (Größe 42—44),
Couture mit Weste und
Hose zu 11. Rüdesheimer
Straße 33. Part. r.

Leiterwagen, fast neu,
billig Nettelbedstraße 12.

Gebroch-Anzug,
gut erb., Brustweite 96,
zu kaufen bei Gerhards,
Schulstraße 15.

Grammophone

Platten, Zithern u. sonst.
Musik-Instrumente lauch
Zimmermann,
Nerostraße 18. Tel. 3253.
Früher Webergasse 25.

Gute Möbel lauch

Haas, Dotzheimer Str. 25.
Telephon 5887.

Leere Kisten

zu lauch, gesucht, Bauer
u. Senfart, Blücherstr. 27.

Staatstheater-Abonn.

Partett, 2. Rang oder
3. Rang, 1. Reihe, gesucht
Stamm, Wellstr. 42.
Telephon 3111.

Kind best. Herkunft

wird gegen einmal Ab-
findungssumme v. kinder-
losem Ehepaar in gute
Hände als eigen angen.
Offerten unter A. 978 an
den Tagbl.-Verlag.

Strandbad Glerstein.

Geldene Brosche mit 11
Brill. verl. Andenken. Ab-
geb. geg. gute Belohn.
Balser, Johstraße 22. 1.

Verloren

eine Tasche mit Werkzeug
heute morgen zw. 8 u. 9,
Vordstraße, Bismarckstr.
Gegen hohe Bel. abzug.
Blücherstraße 34. Part. r.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme an meinem schweren Verluste,
für die Blumenpenden, und allen, welche
meinen lieben Mann zur letzten Ruhestätte
geleiteten, sage ich auf diesem Wege
meinen innigsten Dank.

Frau Else Ohlemacher
geb. Kaiser.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme an dem
schweren Verluste unseres einzigen, innigstge-
liebten Sohnes und Bräutigams sagen
wir allen Verwandten, Freunden und Bekann-
ten, sowie den Beamten der Fernsprech-Bau-
abteilung und Herrn Pfarrer Schloßer für
seine trostreichen Worte herzlichen Dank.

Jan H. e. Weiss Miedbradt
Friedenstraße 15.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme an dem schweren Verluste meines
lieben Mannes, unseres lieben Sohnes,
Bruders, Schwiegersohnes, Schwagers und
Onkels sagen wir allen Verwandten und
Bekannten, sowie dem Priv.-Mandolinen-
Klub Taunusfreunde, dem Ballhauschen
Sänger-Quartett und besonders für die
trostreichen Worte des Herrn Pfarrers D.
Schlosser unsern

herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer:

Frau Berta Wiedmann, geb. Höfer
nebst Angehörigen.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme an dem schweren Verluste meines
lieben Mannes, unseres lieben Sohnes,
Bruders, Schwiegersohnes, Schwagers und
Onkels sagen wir allen Verwandten und
Bekannten, sowie dem Priv.-Mandolinen-
Klub Taunusfreunde, dem Ballhauschen
Sänger-Quartett und besonders für die
trostreichen Worte des Herrn Pfarrers D.
Schlosser unsern

herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer:

Frau Berta Wiedmann, geb. Höfer
nebst Angehörigen.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme an dem schweren Verluste meines
lieben Mannes, unseres lieben Sohnes,
Bruders, Schwiegersohnes, Schwagers und
Onkels sagen wir allen Verwandten und
Bekannten, sowie dem Priv.-Mandolinen-
Klub Taunusfreunde, dem Ballhauschen
Sänger-Quartett und besonders für die
trostreichen Worte des Herrn Pfarrers D.
Schlosser unsern

herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer:

Frau Berta Wiedmann, geb. Höfer
nebst Angehörigen.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme an dem schweren Verluste meines
lieben Mannes, unseres lieben Sohnes,
Bruders, Schwiegersohnes, Schwagers und
Onkels sagen wir allen Verwandten und
Bekannten, sowie dem Priv.-Mandolinen-
Klub Taunusfreunde, dem Ballhauschen
Sänger-Quartett und besonders für die
trostreichen Worte des Herrn Pfarrers D.
Schlosser unsern

herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer:

Frau Berta Wiedmann, geb. Höfer
nebst Angehörigen.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme an dem schweren Verluste meines
lieben Mannes, unseres lieben Sohnes,
Bruders, Schwiegersohnes, Schwagers und
Onkels sagen wir allen Verwandten und
Bekannten, sowie dem Priv.-Mandolinen-
Klub Taunusfreunde, dem Ballhauschen
Sänger-Quartett und besonders für die
trostreichen Worte des Herrn Pfarrers D.
Schlosser unsern

herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer:

Frau Berta Wiedmann, geb. Höfer
nebst Angehörigen.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme an dem schweren Verluste meines
lieben Mannes, unseres lieben Sohnes,
Bruders, Schwiegersohnes, Schwagers und
Onkels sagen wir allen Verwandten und
Bekannten, sowie dem Priv.-Mandolinen-
Klub Taunusfreunde, dem Ballhauschen
Sänger-Quartett und besonders für die
trostreichen Worte des Herrn Pfarrers D.
Schlosser unsern

herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer:

Frau Berta Wiedmann, geb. Höfer
nebst Angehörigen.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme an dem schweren Verluste meines
lieben Mannes, unseres lieben Sohnes,
Bruders, Schwiegersohnes, Schwagers und
Onkels sagen wir allen Verwandten und
Bekannten, sowie dem Priv.-Mandolinen-
Klub Taunusfreunde, dem Ballhauschen
Sänger-Quartett und besonders für die
trostreichen Worte des Herrn Pfarrers D.
Schlosser unsern

herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer:

Frau Berta Wiedmann, geb. Höfer
nebst Angehörigen.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme an dem schweren Verluste meines
lieben Mannes, unseres lieben Sohnes,
Bruders, Schwiegersohnes, Schwagers und
Onkels sagen wir allen Verwandten und
Bekannten, sowie dem Priv.-Mandolinen-
Klub Taunusfreunde, dem Ballhauschen
Sänger-Quartett und besonders für die
trostreichen Worte des Herrn Pfarrers D.
Schlosser unsern

herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer:

Frau Berta Wiedmann, geb. Höfer
nebst Angehörigen.

Rattenpinscher

zu verkaufen, rasentein,
Blecker u. Salz. Ellen-
bogenstraße 9. 8 r.

Mod. Speisezimmer

prachtu. herrschm. b.
abzug. Nabh. bei Minor.
Friedrichstr. 57. 3.

Statt besonderer Anzeige.

Gestern früh entschlief infolge Herz-
schwäche unerwartet unsere geliebte Mutter,
Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Elisabeth Heuß, Wwe.
geb. Scheuermann

aus Langensiefelbach im Alter von 80 Jahren.

In tiefem Schmerz:

**Erna Heuß, Karl Heuß,
Johanna Heuß, Adolf Heuß.**

Wiesbaden, Neu-Port, Ober-Engelheim,
Westendstr. 1. den 7. Sept. 1921.

Beerdigung und Beisetzung Samstag vormit-
tag 10¹/₂ Uhr von der Kapelle des Fried-
hofs, Platter Str., aus nach dem Nordfriedhof.

Schnell und unerwartet nach kurzem,
schwerem Leiden verschied gestern vorm. 7¹/₂ Uhr
mein lieber, unvergeßlicher Mann, unser
lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Anton Schäfer

im 38. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Elise Schäfer, Wwe., geb. Maurer.

Wiesbaden (Frankenstr. 21), Thalbach (Unterstr.),
Pöhlbach, den 7. September 1921.

Die Beerdigung findet Samstag nachm.
3 Uhr auf dem Südfriedhof statt.

Bauern-Club Wiesbaden. Begr. 1912.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht,
unsern wertigen Mitgliedschaft von dem Tode
unseres treuen Vorstandes mitteilend

Herrn Anton Schäfer

in Kenntnis zu setzen.

Des Verstorbenen Andenken wird der
Club stets in Ehren halten.

Er ruhe in Frieden!

Der Vorstand.

Zusammenkunft zu der Beerdigung am
Samstag um 2 Uhr im Vereinslokal Breiter.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme an meinem schweren Verluste,
für die Blumenpenden, und allen, welche
meinen lieben Mann zur letzten Ruhestätte
geleiteten, sage ich auf diesem Wege
meinen innigsten Dank.

Frau Elise Ohlemacher
geb. Kaiser.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme an dem
schweren Verluste unseres einzigen, innigstge-
liebten Sohnes und Bräutigams sagen
wir allen Verwandten, Freunden und Bekann-
ten, sowie den Beamten der Fernsprech-Bau-
abteilung und Herrn Pfarrer Schloßer für
seine trostreichen Worte herzlichen Dank.

Jan H. e. Weiss Miedbradt
Friedenstraße 15.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme an dem schweren Verluste meines
lieben Mannes, unseres lieben Sohnes,
Bruders, Schwiegersohnes, Schwagers und
Onkels sagen wir allen Verwandten und
Bekannten, sowie dem Priv.-Mandolinen-
Klub Taunusfreunde, dem Ballhauschen
Sänger-Quartett und besonders für die
trostreichen Worte des Herrn Pfarrers D.
Schlosser unsern

herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer:

Frau Berta Wiedmann, geb. Höfer
nebst Angehörigen.

Gunnar Tolnaes

Walhalla.

Heinz Goldmann

Marie Lucie Goldmann

geb. Jordan

Vermählte.

Wiesbaden, 8. Sept. 1921. Rheinbahnstr. 4.

Zur Beachtung!

10 Mark Zollerhöhung auf 1 Pfund Tee
6 Mark Zollerhöhung auf 1 Pfund Kaffee

steht täglich bevor.

Für Haushaltungen sind zollfrei:

10 Pfd. Kaffee und 10 Pfd. Tee

welche ich zum alten Preise vor der Zollerhöhung empfehle.

868

August Engel

An der Ringkirche.

Tanusstrasse Ecke Saalgasse.

Wilhelmstrasse
Ecke Rheinstrasse.

Bekanntmachung.

Infolge der dauernd steigenden Preise für Brennmaterialien und Arbeitslöhne sind wir genötigt, folgende Preise für Ausbacken von Kuchen zu berechnen:

1 großer Obstkuchen	Mk. 2.50
1 " Zimtkuchen	" 2.00
Ratontkuchen, sowie alle anderen Kuchen	" 1.50
1 Pfd. Weizmehl inkl. Gese zu verbaden	" 1.50

Das Verleihen von Kuchenblechen und Formen außer dem Hause kann infolge des hohen Anschaffungswertes nicht mehr stattfinden.

F370

Der Vorstand
der Bäder-Innung Wiesbaden.

Kristallzucker

wieder eingetroffen.

Nur für Wiederverkäufer!

Alfred Bohnenberger

Wiesbaden, Moritzstraße 23.
Telephon 6169.

Jean Burkardt

Mühlgasse 3, am Schloss.

Telephon 5130.

Empfehle

nur la Qualität Ochsen-, Kalb-,
Hammel- und Schweinefleisch.

Hamburger Fischhaus

Oranienstraße 14.

Heute frisch eingetroffen:

Schellfisch im Kuchenschiff	Pfund 4.50
Lablau	4.25
See-Hal	3.80
See-Lachs	3.80
Goldbarsch im Ganzen	3.20

Telephon 4901.

Telephon 4901.

Sobald eingetroffen:

Norddeutsche Kartoffeln	80.-
Wetteraner Kartoffeln	90.-
Weißkohl per Zentner	110.-
Rotkohl " "	120.-
Gelbe Rüben " "	70.-
Zwiebeln " "	110.-

Kirchner

Hornspecher 4779.

Rheingauer Str. 2.

Eicheln, Kastanien

kauft Hohmann

Sedanstraße 3. — Telephon 946.

Selbstgefert. pr. Lederwaren

Damentaschen, Geldbörsen, Altknappen,
Brief- und Zigarrentaschen em. ficht

Georg Mayer, Riehlstr. 9, Part.

Nur 2 Tage.

Freitag und Samstag kommen 20 Schweine zum Verkauf

per Pfund alle Stücke 15 Mk.

Rindfleisch zum Kochen 8 Mk.

zum Braten 9 "

Sackfleisch, stets frisch 12 "

sowie alle Sorten Wurstwaren zu Tagespreisen

Hermann Rüder jr.

Selenenstraße 18.

Obst

auf dem Baum lauft

M. Hattmer,
Platter Straße 56.

la Süddeutsche
Winterkartoffeln

zu bill. Tagespreis
bietet an F. 121

G. Schmitt, Heidelberg.
Brüdenkopfstraße 8.

Firma Adolf Harth

Ab heute kommen preiswert zum Verkauf:

20 000 Pfund

prima Tafel-Reis

(erstklassiger Vollreis)

Pfund nur Mk. 3.95

Sämtliche Hülsenfrüchte

zu noch sehr vorteilhaften Preisen.

Kaffee in bekannter Güte

aus eigener Großrösterei, täglich frisch gebrannt,
bis zu der bevorsteh. neuen Zollerhöhung

nur noch so lange Vorrat reicht:

Sorte II per Pfund Mk. 23.—

" I " " " 25.—

Malzlatte in 1-Pfd.-Paket Mk. 3.⁹⁰Gerstentattee " " " 3.⁷⁰

Garantiert reines

Schweine-Schmalz

blütenweißes, nordamerik.

in bekannter Qualität, keine alte ranzige Lagerware,
zu noch sehr günstigem Preise.

Amerik. Ochsenfleisch 6.²⁵

im eigenen Saft Dose Mk.

Neue holländische

Voll-Heringe 1.³⁰

Stück nur Mk. 1.

Salatöl (Sesamöl) 8.²⁵

hochfeine Friedensware, Schoppen (1/2 Str.) Mk.

864

21 Verkaufsstellen allen Stadtteilen

Bekanntmachung.

Verdingungstermin für die Aufrechterhaltung im
Rathaus, etwa 11800 qm (Pos 1—5) HFreitag, den 16. September 1921, vorm. 9 Uhr,
St. Wilhelmstraße 3, Zimmer 19.Die Angebotsunterlagen werden für 7.50 Mk. ab-
gegeben. F234

Wiesbaden, den 7. September 1921.

Städtisches Hochbauamt.

Versteigerung.

Freitag, den 9. d. M., nachm. 4 Uhr, werde ich
Selenenstraße 25 zwangsweise1 Vulkanisier-Apparat, 4 Rollen Gummi für
Autoschläuche, 40 Stücke Bech, 1 Pelzmantel, für
Kraftfahrer u. Kutscher geeignet, u. 1 Wandspiegel
meistbietend versteigern.

Hups, Gerichtsvollzieher.

Versteigerung.

Freitag nachmittag 4 Uhr werde ich hierseits,
Zahnstraße 21,

einen großen 2tlr. Eisschrank

(geeignet für Metzger)

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung zwangsweise
versteigern. Barfnecht,

Gerichtsvollzieher, Oranienstraße 39.

Zur Belz- Versteigerung

übernehme noch Felze jeder Art.

Dauernde Aufnahme von Kleidungs-
stücken, Wäsche, Gardinen u. Stoffen.

Peter Alt

Auktionator u. Taxator

Wiesbaden, Körnertor 7. — Teleph. 2761.

1. Spezial-Unternehmen am Plage.

Original-

Wan-Eta-Kakao

(dunkel) offeriert

Walter Dittmann

Adelheidstrasse 10.

Franz Ihle Möbelschreinerei

mit elektr. Betrieb

Mühlgasse 9 (b. Schloßplatz) Telephon 768

empfiehlt gutbürgerliche

Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer

in bester Ausführung zu vorteilhaften Preisen.

— Besichtigung meines Lagers erbeten. —

Schuhsohlen halten 9 Monate und länger!



Nicht kaputt zu kriegen.

Unser Goliathleder ist gesetzl. geschützt, vielfach
patentiert und das beste Kernleder der Gegenwart.
Unverschlissbar und wasserdicht. Nur bei uns zu
haben. Jede Reparatur in 1 Tag, oder sofort.

Herrensohlen, fertig aufgemacht, von 28.— an

Damensohlen, " " " 25.— an

Gummisohlen für Damen " " Mk. 16.—

Gummisohlen für Herren " " " 12.—

aufvulkanisiert, nicht genagelt.

Verkauf von Leder zum Selbstaufmachen.

Goliath-Schuhgesellschaft
nur Coulinstraße 3. — Telephon 6074